

# Der Steinarbeiter

Zeitschrift des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Für berufliche, wirtschaftliche und soziale Interessen der jugendlichen und erwachsenen männlichen und weiblichen Fach- und Hilfsarbeiter in der Steinindustrie und im Steinstraßenbau

Erscheint wöchentlich. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 2,50 Mk. Bestellungen nur durch die Post, eingetragen in die Reichspostliste unter Nummer 1628. Kreuzbandsendungen und Postüberweisungen durch die Verlagsstelle des Verbandes der Steinarbeiter finden nicht statt

Schriftleitung und Versandstelle: Leipzig  
Zeiger Straße 30, IV., Ausgang B und C. Ruf 33819

Anzeigengebühr: Die doppeltgepaßene Kleinzeile 1 Mk. Aufnahme nur bei vorheriger Gebühreneinsendung auf Postcheckkonto Leipzig 56383  
Kassierer: L. Geist, Leipzig C 1, Zeiger Straße 30, IV. (Volkshaus)  
Rabatt wird nicht gewährt. Blattschluß ist Sonnabends um 10 Uhr

Sonnabend, den 12. September 1931

35. Jahrgang

Nummer 37

## Vom Gewerkschaftskongress

Vorbericht.

Dem Kongress ging eine imposante Kundgebung voraus, die am Sonntagvormittag auf dem Frankfurter Festhallengelände abgehalten wurde. Zehntausende von Arbeitern, Angehörigen und Beamten füllten den Festplatz. Auch unsere Kollegen aus der Reichsarmee vertraten. Selbst Kollegen aus der weiteren Umgebung ließen es sich nicht nehmen, an dieser Kundgebung teilzunehmen. So begrüßten wir Kollegen aus dem Odenwald und aus dem Westerwald. Bundessekretär Wilhelm Eggert hielt die Hauptansprache. Er betonte, daß der Kongress vor allem Anlaß zu erheben habe gegen die schuldbeladenen Wirtschaftsführer des privatkapitalistischen Systems. Es müsse eine Politik gefordert werden, die das Mißtrauen der Völker beseitigt und sie einander näherbringt. Ein Wirtschaftssystem, das uns in diese Katastrophe geführt habe, sei reif zur Liquidierung.

Die Grüße des Internationalen Gewerkschaftsbundes überbrachte der Sekretär der Internationale: Schevenels. Er unterstrich, daß die deutschen Gewerkschaften im Wettringen zwischen den darben den Massen und den Kapitalisten in der Vorhut des Kampfes stehen.

Der Führer der österreichischen Gewerkschaften, Schorsch, geleitete den antizipalen Kampf des Unternehmertums. — Es folgte dann ein Umzug durch die Hauptstraßen Frankfurts, an dem sich auch das Reichsbanner, Sportvereine und die sozialistische Jugend Frankfurts beteiligte. — Abends veranstaltete der Ortsausschuß Frankfurt a. M. im Kongressaal des Palmengartens ein zwangloses Beisammensein der Delegierten und Gäste, umrahmt von einigen künstlerischen Darbietungen. Im ganzen war der Sonntag ein wohlgeleiteter Auftakt zum Kongress.

Es würde jedoch noch etwas an diesem Bilde fehlen, wenn wir nicht auch noch das neue Gewerkschaftshaus (ein modernes Hochhaus) erwähnten, in dessen 6. Stock unsere Gauleitung in einem lichtvollen, geräumigen Zimmer untergebracht ist. Vom Dache wehte die schwarzrotgoldene und die rote Fahne, den Beschauern den einstigen Sieg der sozialen Republik kündend.

Die Tagung.

Zum Kongress sind 306 Delegierte gemeldet. Als Gäste sind u. a. anwesend: Schevenels, IGB; Nygaard und Kaerbol, Dänemark; de Blaemijck, Brüssel; Jouhaux, Paris; Seewaldt, Memel; van der Lende, Holland; Schorsch, Anna Bonhet, Wien; Kerapinski, Warschau; Bergmann, Stockholm; Meister und Lang, Schweiz; Klein, Tschscholowatei; Pejer, Ungarn.

Von den Behörden waren vertreten: Reichsarbeitsminister Stegerwald, Ministerialdirektor Sigler, der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung Srup, Oberpräsident von Hessen-Kassau Haas, Bürgermeister Gräf, Frankfurt, und Vertreter anderer Behörden.

Ein Arbeiterchörchor leitete die Eröffnung ein mit dem Liede: „Die ihr auf harter Erde haust“. Dann hielt der Bundesvorsitzende Leipart die Eröffnungsrede. Er gab zunächst seiner Freude Ausdruck über die Anwesenheit so zahlreicher Behördenvertreter und ausländischer Bruderorganisationen. Dann wies er darauf hin, daß vor 32 Jahren schon einmal ein Gewerkschaftskongress in Frankfurt getagt habe, viele Vorkämpfer erwähnend, welche in dieser Zeit Großes für die Gewerkschaftsbewegung getan haben.

Damals kämpften wir noch um das Koalitionsrecht,

Legien konnte damals sagen, daß es ein Recht von Polizeigarden war. Singer hatte damals im Reichstag kurz vorher gesagt, daß eine Versammlung von Arbeitern aufgelöst wurde, weil ein Hund durch die Versammlung gelaufen war. Legien hatte damals aber schon erklärt können, daß in den Gewerkschaften viel mehr für den Bestand des Staates getan worden sei als in den Unternehmerorganisationen. Die gemeinsame Arbeitsvermittlung war damals von den Unternehmern strikte abgelehnt worden, aber auch bei den Arbeitern gab es damals noch Widerstände gegen die paritätische Arbeitsvermittlung. Vor 32 Jahren wurde der Grundriss entworfen, daß

Tarifverträge

abgeschlossen werden dürfen. Auch das

„Correspondenzblatt“

mit einem besonderen Redakteur wurde damals beschlossen. Das Tätigkeitsgebiet der Gewerkschaften wurde damals, auf Antrag der Gewerkschaftsredakteure, auf den Arbeiterschutz ausgedehnt. Damals wurde selbst im „Vorwärts“ darüber noch abfällig geurteilt, die Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Gewerkschaften wurde als „Gewerkschaftsdufel“ bezeichnet. Der Kongress beschloß damals, Arbeiterversicherung und Arbeiterschutz der Generalkommission zu überweisen.

Im Juli 1863

hat in Frankfurt auch der erste Arbeitertag stattgefunden, unter den Delegierten waren Eugen Richter und August Bebel. Damals hatte Sonnemann in der „Frankfurter Zeitung“ geschrieben, daß den Arbeitern nichts Schlimmeres passieren könnte als ein Anschlag an Lassalle. Damals wurden bereits die Arbeiterbildungsvereine in Arbeitervereine umgetauft. Vor allem ist aber Frankfurt bedeutend durch Lassalles Auftreten, das die Gründung des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins zur Folge hatte. Hier rief Lassalle den Arbeitern das bekannte Wort von der

verdammten Bedürfnislosigkeit

zu! Er bezeichnete es damals als das größte Unglück für ein Volk, keine Bedürfnisse zu haben. Diese Mahnung, die Lassalle hier ausgesprochen hat, ist seitdem von der Arbeiterschaft der ganzen Welt aufgenommen worden.

Aber es scheint, als ob man heute davon ausginge, die Arbeiterschaft wieder in die Bedürfnislosigkeit zurückzustößen!

Mancher Kongress mußte im Zeichen der Not vertagt werden. Aber unierer mußte gerade ihr Weges stattfinden. Man spricht von Wirtschaftsnot. Aber in ihr ist gerade die Not der Arbeiterschaft das Bemerkenswerteste. Wir werden prüfen müssen, wie sich das Verhältnis der Unternehmer, der sogenannten Wirtschaftsführer, zu den Arbeitern zu entwickeln droht. Wir zweifeln an der Fähigkeit der „Wirtschaftsführer“, uns aus der Not herauszuführen. Selbst Saemisch hat dieser Tage wörtlich gesagt: Eine Reihe der letzten Zusammenbrüche ist auf die mangelnde kaufmännische Vorsicht zurückzuführen! Auch der Reichskanzler hat sich in ähnlichem Sinne geäußert. Die Gewerkschaftsführer lehnen für die Vergangenheit jede Mitverantwortung ab, weil wir keinen Einfluß auf die „Wirtschaft“ hatten.

Aber für die Zukunft lassen wir uns nicht mehr zurückdrängen. Wir werden ernstlich die

Verantwortlichkeit zur Verantwortung ziehen.

Wenn kürzlich in Frankreich Herriot gesagt hat, Europa lasse sich nicht mehr nach der alten Schablone regieren und verwalten, so wird der Internationale Gewerkschaftsbund die Arbeiter aller Länder zur Mitarbeit aufzurufen haben. Die Verhandlungen dieses Kongresses werden nochmals eine ernste Warnung und Mahnung geben an die Regierungen und an die Unternehmer. Der Glaube, daß man den Arbeitern noch mehr zumuten könne an Entbehrungen, könnte sich bitter rächen. Aber auch die Herren Hitler und Thälmann sollen wissen, daß die Arbeiterschaft kampferprobt und kampfgestählt ist. (Lebhafte Beifall.)

Die Gleichzeitigkeit der Krisenerscheinungen in England und Deutschland ist augenfällig, und es erscheint mir zweckdienlich und sogar dringend erforderlich,

daß die Gewerkschaften von Deutschland und England sich einmal zu der besonderen Aufgabe zusammenschließen, gemeinsam die Forderungen und Ziele zu prüfen, die von der Arbeiterschaft beider Länder in gemeinsamem Kampfe verfolgt werden müssen, und die Widerstände zu brechen, die einer vernünftigen nationalen und internationalen Wirtschaftspolitik entgegenstehen.

Namens des Ortsausschusses des ADGB, des Afa- und Beamtenbundes begrüßte dann Misbach den Kongress. Auch er zog interessante Parallelen zwischen Vergangenheit und Gegenwart.

1899 waren 8700 Mitglieder vorhanden, darunter 115 Frauen. Heute sind es 72 000 Mitglieder, darunter 8000 Frauen und 3000 Jugendliche.

Bürgermeister Gräf meinte in seiner Begrüßungsrede, daß das Ansteigen der Unterstützungssummen von 3 Millionen auf 41 Millionen doch allen Menschen zu denken geben müsse. Wer die Fragen der Zeit nicht versteht, wäre besser nicht geboren.

Dann hielt der Reichsarbeitsminister Stegerwald eine große Rede, deren Beginn wir nachstehend wiedergeben:

„Das Verhältnis Ihrer Bewegung zum Reichsarbeitsministerium war seit seinem Bestehen nicht immer ein sehr freundliches und herzliches. Wir stehen gegenwärtig in der größten Krise seit einem Jahrhundert. Daß in einer solchen Periode die Gewerkschaften als Vertreter der aufgewecktesten und am stärksten

vorwärtstrebenden Arbeitermassen mehr wollen und mehr wollen müssen als die Regierenden wahrnehmen und durchführen können, liegt auf der Hand.

Als derzeitiger Arbeitsminister habe ich im letzten Jahre den deutschen Arbeitern allerlei zumuten müssen. Und trotzdem trete ich mit gutem Gewissen vor diesen Kongress. Ich bin der festen Überzeugung, daß, wenn einer der Ihrigen gegenwärtig an meiner Stelle stünde, er im Hinblick auf Deutschlands Gesamtlage, insbesondere seit der letzten Reichstagswahl, eine wesentlich andere Politik als die von mir verfolgte auch nicht hätte machen können. Der Reichsarbeitsminister stand im letzten Jahre nicht vor den Fragen, was er wollte und was er nicht wollte. Er hatte lediglich zu entscheiden, ob er Unpopuläres und Unvermeidbares jetzt anfassen sollte oder ob er oder sein Nachfolger kurze Zeit später das gleiche in vergrößerter Form durchzuführen gezwungen sein würde. Was nämlich vermeidbar ist, und nicht zur rechten Zeit gemacht wird, muß später bei zugespitzten und erschwerten Verhältnissen immer verschärft nachgeholt werden.“

Nach dem von Leipart gegebenen Geschäftsbericht setzte eine lebhafteste Diskussion ein. In dieser wurde aber fast ausnahmslos nur an der Regierung, insbesondere am Reichsarbeitsministerium, Kritik geübt.

Schließlich wurde zum Bericht des Bundesvorstandes folgende Entschließung gegen 1 Stimme angenommen:

Die Politik der Reichsregierung verrät in steigendem Maße die Tendenz, durch Abbau der sozialen Gesetzgebung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen eine Entlastung der öffentlichen Haushalte und verstärkte Kapitalbildung in der privaten Wirtschaft zu erzielen. Gegen diese einseitige Heranziehung der Arbeiter zu schwersten und vielfach die nackte Existenz gefährdenden Opfern muß der Kongress um so mehr Einspruch erheben, als er der festen Überzeugung ist, daß auf diesem Wege die gegenwärtige Krise niemals überwunden werden kann. Abbau der Sozialleistungen und Abbau der Löhne führen unweigerlich zur Verelendung der breiten Volksschichten, die als Arbeitskräfte wie als Konsumenten für die Wirtschaft unentbehrlich und als Volksgenossen entscheidende Stützen staatlicher Ordnung, friedlichen Zusammenlebens und kultureller Entwicklung sind.

Nicht minder scharf muß verurteilt werden das sich allenthalben deutlich zeigende Bestreben der Regierung, den Einfluß der Arbeiter und ihrer Gewerkschaften auf dem Gebiete der sozialen und wirtschaftlichen Verwaltung und der kollektiven Regelung der Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen. Der Kongress weist entschieden den Versuch zurück, die Krise zur Entrechtung der Arbeiter auszunutzen.

Die Gewerkschaften treten heute wie stets für Aufrechterhaltung und Ausbau der sozialen Gesetzgebung, insbesondere der Sozialversicherung ein. In der Versicherung für Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall, Alter und Invalidität sehen sie auch heute noch einen entscheidenden Bestandteil des Arbeitsverhältnisses. Die Erhaltung und ausreichende Sicherung dieser Einrichtungen ist nicht minder wichtig als die Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Sie verlangen des weiteren in einer Zeit, in der die Arbeiter unter den Fehlern unverantwortlicher Führer der privaten Wirtschaft am stärksten zu leiden haben, die Gewährleistung verstärkter Einflusses der Gewerkschaften in allen sozialen und wirtschaftlichen Körperschaften, sie fordern im Interesse sozialer Gerechtigkeit die Beseitigung der unerträglichen Härten und Rechtsbeschränkungen, deren sich insbesondere die Notverordnung vom 5. Juni 1931 schuldig gemacht hat.

Mit dem gleichen Abstimmungsresultat wurde dem Bundesvorstand auch das Vertrauen ausgesprochen.

## Ein Vorstoß gegen die kleinen Unfallrenten

Die Leistungen der deutschen Sozialversicherung werden von den Unternehmern seit Jahren in heftigster Weise bekämpft. Immer wieder werden von ihnen neue Vorstöße unternommen, die auf einen Abbau dieser Leistungen abzielen. Nachdem es ihnen gelungen ist, die Verschlechterung der Krankenversicherung und der Arbeitslosenversicherung durchzuführen, richten sie nunmehr ihre Angriffe gegen die Unfallversicherung. Schon vor einiger Zeit wurde von den Unternehmerverbänden der Reichsregierung eine Denkschrift überreicht, in der sie die Abschaffung der Unfallrenten bis zu 20 Prozent forderten. Die Deffektivität hat von diesem Vorstoß wenig erfahren. Nunmehr folgt jedoch in der kapitalistischen Presse die Fortsetzung des Angriffs, um nach den dort üblichen Methoden die erforderliche Stimmung für die angestrebte soziale Verschlechterung vorzubereiten. Die kleinen Renten in der Unfallversicherung sollen verschwinden.

Um die Begründung dieser Forderung ist man selbstverständlich nicht verlegen. Sie geht dahin, daß der Verwaltungsaufwand für die kleinen Renten viel zu hoch sei und sich wirtschaftlich nicht rechtfertigen lasse, sodann aber auch nicht einzusehen sei, daß in der Unfallversicherung noch Renten von 10 und 15 Prozent bezahlt werden, wo doch in der Militärversorgung die Zahlung von Renten erst mit einem Hundertjahr von 25 beginne. Durch die kleinen Unfallrenten der Unfallversicherung werde das ökonomische Prinzip verletzt. Sie seien für die Unfallverletzten und ihre Lebenshaltung bedeutungslos, während sie für die Wirtschaft wie für die Verwaltung der Unfallversicherung eine auf die Dauer unerträgliche Last darstellten.

Diese Begründung dieser Forderung ist weder neu noch stichhaltig. Sie zeigt nur, wie den Unternehmern alle Mittel recht sind, wenn es sich um die Herbeiführung sozialer Verschlechterungen handelt. Genau die gleichen Argumente wurden angeführt, als die Unfallversicherung noch bei leichten Verletzungen Renten in Höhe von 5 Prozent der Vollrente festsetzte, wobei die Unfallrechtsprechung dem Vorgehen

der privaten Versicherungspraxis folgend von der Auffassung ausging, daß jede Verletzung der Unversehrtheit des menschlichen Körpers eine Entschädigung erfordere. Diese Auffassung wurde von den Unternehmern lange Zeit vergeblich bekämpft. Die kleinen Renten von 5 Prozent wurden von ihnen als „Schnapsrenten“ denunziert und verächtlich gemacht. Man wendete gegen sie ein, eine allgemeine Rentenpsychose zu erzeugen, die Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes gleichgültig zu machen und die Unfallhäufigkeit wachsen zu lassen. Endlich gab das Reichsversicherungsamt dem Drängen der Unternehmer nach und bestimmte, daß Unfallverletzungen nur zu entschädigen sind, wenn sie eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit von mindestens 10 Prozent zur Folge haben. Die Unternehmer hatten damit ihre Absicht erreicht.

Mit diesem Erfolg gaben sie sich jedoch nicht zufrieden; denn als bald begannen sie den Kampf gegen die 10prozentige Rentenfestsetzung. Auch dieser Kampf endete für sie mit einem Erfolg insofern, als die Reichsversicherungsordnung eine Abänderung dahin erfuhr, daß nach zwei Jahren von dem Unfall an Renten von nicht mehr als ein Zehntel der Vollrente mit dem dreifachen Jahresrentenbetrag abgefunden werden können. Bis dahin war eine Rentenabfindung nur auf Antrag und mit Zustimmung des Verletzten möglich. Dessen bedurfte es nun nicht mehr! Ausgeschlossen von dieser für die Verletzten sehr erheblichen Verschlechterung blieben nur diejenigen, die neben ihrer 10prozentigen Rente noch eine andere Verletztenrente aus der Unfallversicherung bezogen. Bei den Unternehmern geht es jedoch so, daß auch ihnen der Appetit beim Essen kommt. Selbst die gegenwärtige, für den Verletzten höchst fragwürdig gewordene Entschädigung geht den Unternehmern noch zu weit. Sie wollen die Entschädigungslosigkeit der Verletzten auf 20 Prozent, um wenn sie auch dieses Ziel erreicht haben, noch mehr fordern zu können. Diese Absicht darf sich nicht verwirklichen!

Die Entschädigung der Arbeiter für Unfallfolgen hat mit Ethik oder Wohltätigkeit nichts zu tun. Sie beruht auf dem Recht des



Arbeiters auf die Unversehrtheit seines Körpers und seiner Arbeitskraft, die er dem Unternehmer mit dem Zustandekommen des Arbeitsvertrags zur Verfügung stellt. Hierfür bekommt er nur den für die Leistung der ihm übertragenen Arbeit vereinbarten oder üblichen Lohn. Dieser enthält eine besondere Prämie für eine durch Unfall herbeigeführte Beeinträchtigung seiner Erwerbsfähigkeit oder körperliche Entstellungen. Es ist daher nicht mehr als recht und billig, daß ihm, wenn er eine Beschäftigung seiner körperlichen Unversehrtheit durch Unbill erleidet, eine entsprechende Entschädigung gewährt wird, gleichgültig, ob eine leichte oder schwere Verletzung in Betracht kommt.

Dieses Recht auf Entschädigung wird von der bürgerlichen Rechtsprechung gegenüber der privaten Haft- und Unfallversicherung ohne weiteres anerkannt. Auch die kleinste Verletzung gilt als entschädigungspflichtig, mag es sich dabei um eine Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit oder um eine Verminderung der körperlichen Schönheit handeln. Hierfür nur ein Beispiel. Infolge eines Auto-Unfalls büßte eine Dame den kleinen Finger ein. Das Landgericht Stuttgart verurteilte den Haftpflichtigen zur Zahlung von 17 000 Mark Schadenersatz. Die Festsetzung erfolgte „in Ermanglung einer Unfallversicherung“. Wehnliche Entscheidungen liegen in zahlreichen anderen Fällen vor, ohne daß es den Gerichten bei Zuerkennung von Entschädigungen für den Verlust eines Zahnes, eines Fingergliedes, für das Zurückbleiben von Narben usw. einfällt, bei den Klägern Rentenprüfungen oder Rentenbegehrlichkeiten anzunehmen. Die Urteile ergehen einfach vom Grundsatze aus, daß alle, auch kleine Schäden entschädigt werden müssen. Den Arbeitern gegenüber gilt jedoch dieser Grundsatz nicht. Ein Entschädigungsanspruch dieser Art wird bei der Unfallversicherung glatt abgelehnt, weil angeblich keine meßbare Beeinträchtigung der Erwerbsfähigkeit vorliegt.

Dieser Standpunkt ist im höchsten Maße ungerecht! Es muß für sie das gleiche Recht wie in der Privatversicherung gefordert werden. Leider ist dieser Grundsatz durch die Unfallrechtsprechung und die entsprechend den Forderungen der Unternehmer abgeänderte Reichsversicherungsordnung weitgehend gegenstandslos geworden. Schon längst erhält der Arbeiter für sogenannte Schönheitsschäden kaum noch eine Entschädigung oder nur dann, wenn der Unfall abschreckende Entstellungen hervorgerufen hat. Und diese Praxis weitet sich immer mehr aus, woraus für die Arbeiter, noch mehr aber für die weiblichen Arbeitnehmer, oft die größten Nachteile entstehen. Auch die Anwendung des Gewöhnungsbegriffs wird immer unhaltbarer. Der Verlust von einzelnen Fingergliedern, das Eintreten von Verunstaltungen nach Unfallverletzungen findet kaum noch Beachtung. Nach kurzer Zeit des Rentenbezugs finden die Berufsgenossenschaften als Träger der Unfallversicherung heraus, daß sich der Verletzte an seinen Zustand gewöhnt habe und keine wesentliche Erwerbsfähigkeitsbeschränkung mehr vorliegt. Die Herabsetzung oder Einstellung der Rente ist die Folge. Daß der oder die Unfallverletzte infolge der erlittenen Verunstaltung oder Entstellung in der Verwendung der Arbeitskraft schwer beeinträchtigt wird, ihnen bei der Erlangung von Arbeit erhebliche Schwierigkeiten erwachsen, wird entweder gar nicht oder nur in geringem Umfange gewürdigt. Die Rücksichten gegen die Unternehmer überwiegen alle sozialen Bedenken.

Es trifft zu, daß sich die Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften in den Jahren von 1924 bis 1929 sehr beträchtlich erhöht haben. Sie haben sich nahezu verdoppelt. Im Jahre 1924 betrug ihr Verwaltungsaufwand pro Mitglied 3,72 Mark, 1929: 6,21 Mark. Aber die Erhöhung ist nicht auf die Höhe der Unfallentschädigungen, sondern überwiegend auf die Gesplogenhelten bei der Herabdrückung der Renten zurückzuführen. Kaum ist eine Rentenfestsetzung erfolgt, so legen auch bereits die Bestrebungen der Berufsgenossenschaften ein, sie wieder in Wegfall zu bringen. Dazu dienen fortgesetzte Untersuchungen der Verletzten, es werden ärztliche Gutachten über Gutachten eingefordert, die bestätigen sollen, daß entschädigungspflichtige Unfallfolgen nicht mehr bestehen. Die Verletzten werden köstlichen Beobachtungen unterzogen, sie müssen sich oft Behandlungsmethoden unterwerfen, die von vornherein zwecklos erscheinen usw.

Damit nicht genug, findet oft die Renteneinstellung statt, wenn diese Terrorisierung der Verletzten ergebnislos bleibt. Diesen bleibt so nichts anderes übrig, als die Rechtsprechungsinstanzen der Unfallversicherung in Bewegung zu setzen, was nicht ohne Kosten abgeht. Selbst wenn deren Entscheidung für den Verletzten günstig ausfällt, läßt man ihm keine Ruhe, sondern wiederholt das unwürdige Spiel, bis er schließlich müde geworden, für die Renteneinstellung reif ist. Auf diese Weise werden Millionen nutzlos verausgabt, die bei einer humaneren und sozialeren Geschäftsgebarung erpart werden könnten. Der Kampf um die Unfallrente, für den man die Unfallverletzten verantwortlich macht und sie zu Rentenpsychopaten und Rentenneurotikern stempelt, fällt überwiegend nicht diesen, sondern den Berufsgenossenschaften zur Last, die mit ihren engstirnigen und brutalen Praktiken bei der Rentenherabdrückung die Verletzten oft genug geradezu zur Verzweiflung treiben. Diese Verhältnisse sollen nach dem Willen der Unternehmer noch mehr verschlechtert werden. Diese Absicht darf sich nicht erfüllen, weshalb die Arbeiterschaft den dahingehenden Forderungen den schärfsten Widerstand entgegenzusetzen hat. Mit.

## Der Weg der sogenannten Selbsthilfe der Wirtschaft

Es gibt auch in unserer Zeit der Millionenarbeitslosigkeit noch Wirtschaftswissenschaftler, die nicht erkennen oder nicht zugeben wollen, daß das Wirtschaftsleben erst dann wieder gefunden kann, wenn ein vernünftiger Ausgleich zwischen Erzeugung und Verbrauch, gestützt auf die Kaufkraft der Massen, eintritt. In den „Leipziger Neuesten Nachrichten“ schreibt der Universitätsprofessor Dr. Horneffer, Gießen, über „Selbsthilfe der Wirtschaft“. Er fragt, wer „schuld“ sei an der heutigen Wirtschaftskrise. Der Privatwirtschaft könne kein Vorwurf gemacht werden. Es gäbe

ja gar keine Privatwirtschaft mehr. Eine ebenso merkwürdige Frage wie Antwort. Die Ursachen der großen Weltkriege, in der wir stehen, gibt es viele. Mögen diese im einzelnen sein, welche sie wollen, eins ist zweifellos: der privatkapitalistische Profitgedanke, der alle Wirtschaftsbereitungen beherrscht, ist die Hauptursache aller Krisen, die Not und Elend über die Menschen bringen. Ursache ist nicht daselbe, was Schuld ist. Aber es ist tatsächlich auch sehr viel Schuld zu finden, wenn man aufrichtig nach den Krisenursachen sucht. Professor Horneffer wird allerdings kaum diese wirkliche Schuld und ihre Urheber finden, dafür kennen wir zu genau seine Einstellung zum Kapitalismus und zu ihren Trägern.

Wir sollen keine Privatwirtschaft mehr haben, weil die heutige Wirtschaft „vom Sozialismus durchsetzt und verälscht“ sei. Wenn das wahr wäre, gäbe es ganz bestimmt keine Mammuthalter für sogenannte Wirtschaftsführer in Gestalt von Generaldirektoren und Direktoren aller Art, die eine Herausforderung und Beleidigung für alle anderen in der Wirtschaftstätigkeit Stehenden darstellen. Nur in der privatkapitalistischen Wirtschaft ist all das Unrecht, all die Unvernunft, all die Gewalttätigkeit denkbar, worunter heute die in der Masse stehenden Menschen zu leiden haben. Wir haben leider eine privatkapitalistische Wirtschaft allerhöchster Art. Das Verantwortungsbewußtsein ist auf einen Tiefstand gesunken, wie noch nie zuvor. Das zeigen doch mit erschreckender Deutlichkeit die letzten Zusammenbrüche und Zahlungsschwierigkeiten großer und größter Unternehmungen. Sobald allerdings ein Wirtschaftsbetrieb festgerät, erinnern sich die Direktoren und Generaldirektoren, daß Wirtschaft doch so etwas wie „Volkswirtschaft“ ist, daß sie „durch das Volk“ betrieben wird und folgerichtig auch „für das Volk“ erhalten werden muß, weil eben das Volk sie für seine Selbsterhaltung braucht. Dann ruft man laut nach Staatshilfe, und die Volksgemeinschaft muß trotz ihrer großen Entbehrungen die finanziellen Mittel aufbringen, mit der ein drohender Wirtschaftszusammenbruch aufgehalten werden kann. In solchen Gefahrenzeiten zeigen sich selbst die Generaldirektoren, Direktoren usw. „großmütig“: sie geben sich vorübergehend mit dem 40- bis 50-jährigen Einkommen eines Arbeiters zufrieden. Ein Leiter eines größeren Privatbetriebes kann ohne persönliches Risiko ein Wirtschaftsschiff in falsche Gewässer steuern. Er haftet für nichts. Im schlimmsten Fall wird sein Mammutgehalt vorübergehend auf den doppelten bis dreifachen Betrag des Gehalts eines Reichsministers herabgesetzt. Dazu sagt das Reich ja und amen, sobald es mit eigenen Mitteln helfend einpringen muß. Und die Staatsbürger, die doch die letzten Leidtragenden sind, erfahren kaum, was vorzugehen, wenn die Gewerkschaftspresse nicht das beliebte Totschweigen häßlicher Dinge des privatkapitalistischen Systems verhindert. Die Leiter der Dresdner Bank haben eingewilligt, daß ihre Jahresgehälter bis 100 000 Mark jährlich herabgesetzt werden. So zeigt man sich dem Staate dankbar, wenn er hilft. Alles was recht ist, Volk wach auf!

Professor Horneffer verlangt, daß die mühsam von den Unterdrückten und Entrechteten erkämpften sozialen Sicherheiten beibehalten werden. Wozu braucht man Tarifverträge, Sozialversicherungen, Arbeitszeitregelungen, Einigungsämter! Wozu braucht man überhaupt irgendwelche sozialen Schutzgesetze! Notwendig ist allein die Herabsetzung der „viel zu hohen Löhne“ und die Verdrängung der öffentlichen Wirtschaft durch die Privatwirtschaft. Wenn so die profitstüchtigen Unternehmer von keiner Seite mehr das geringste zu fürchten haben, wenn sich niemand mehr auf die eine oder andere Art gegen ihre Uebergriffe wehren kann — dann, ja dann haben wir wieder eine richtige Privatwirtschaft. Das ist der Weg der sogenannten Selbsthilfe der Wirtschaft.

Professor Horneffer fordert den engen Zusammenschluß aller privatwirtschaftlichen Wirtschaftsverbände, eine einheitliche wirtschaftliche Spitzenorganisation. Dieser Großbund der Wirtschaft soll keine politische Partei sein oder werden, er soll aber maßgebenden Einfluß auf die Parteien und das gesamte politische Leben ausüben, „er soll den politischen Parteien das Gesetz des politischen Handelns vorschreiben.“

Daß sich ein Wissenschaftler dafür hergibt, solche hemmungslose Nachträge der Wirtschaftsgewaltigen zu unterstützen, ist vielleicht das traurigste an dieser ganzen sogenannten Selbsthilfe der Wirtschaft. Daß man in den Kreisen der Schwerindustrie und noch an manchen anderen Stellen so denkt, wie es Professor Horneffer hier ausplaudert, war Kundigen ja bekannt. Die Kapitalisten und ihre willenslosen Werkzeuge wollen sowohl in der gesamten Wirtschaft als auch in der Politik ein Gewalt- und selbstverständlich auch ein Schreckenregiment aufrichten, wie es die Welt noch nie gesehen hat. Das ist der Sinn der Hornefferschen Ausführungen. Die ganze soziale und kulturelle Entwicklung der letzten Jahrzehnte war diesen gewinn gierigen Kreisen stets ein Grauel. Alles, was der brutalsten Ausbeutung von Sachen und Menschen im Wege steht, muß hinweggefegt werden. Jetzt, nun ein sinnloser Krieg mit all seinen ungeheuren Verbrechen das Denken verwirrt und das Zusammenarbeiten der Menschen und Völker verzerrt hat, jetzt ist der günstige Zeitpunkt, um die Herrschaft in Wirtschaft und Politik voll und ganz an sich zu reißen! Jetzt oder nie!

Der Wirtschaftsbund der Gewalt soll „den Radikalismus der reinen Sachlichkeit, der strengen Nüchternheit, der wirtschaftlichen Vernunft“ vertreten. Zu der Sachlichkeit, Nüchternheit und Vernunft von Wirtschaftsführern, wie die neuere Zeit sie uns gezeigt hat, haben wir nicht viel Vertrauen. Ein Gewaltsherrscher muß andere Qualitäten besitzen als die sogenannten Führer der deutschen Wirtschaft sie gezeigt haben. Wenn schon Gewalt vor Recht und Regel gehen soll, dann kann nie und nimmer eine Rasse von Generaldirektoren für die Gewaltanwendung in Frage kommen. Sie haben in schwerer Zeit zu sehr versagt. Welcher blühende Unfuss: die Staatsbürger wählen die Abgeordneten und die Wirtschaftsführer schreiben ihnen vor, was sie tun und lassen sollen! A. S.

## Entschädigung der Staublungenkrankheit in Großbritannien

Nach dem Gesetz über Entschädigung von Betriebsunfällen sind in Großbritannien gewisse Berufskrankheiten den Betriebsunfällen gleichgestellt und werden wie diese entschädigt. Anspruch auf Entschädigung besteht, wenn die Krankheit auf Ausübung einer Arbeit zurückzuführen ist, mit welcher der Arbeiter während der zwölf Monate vor dem Auftreten der Krankheit oder dem Eintritt des Todes beschäftigt war. Zur Beweisführung genügt das Zeugnis des begutachtenden Arztes.

Ueber die Entschädigung der Staublungenkrankheit oder Silikose in einzelnen Gewerben oder Gruppen von Gewerben hat der Staatssekretär des Innern besondere Vorschriften zu erlassen. Solche Vorschriften ergingen bisher für: 1. die Herstellung feuerfester Gegenstände; 2. die Sandsteinbearbeitung; 3. die Gewinnung und Verarbeitung von kieselsäurehaltigem Gestein, einschließlich gewisser Arbeitsverrichtungen in der Keramikindustrie, in der Metallindustrie und im Bergbau auf Zinnerze; 4. die Metallschleiferei; 5. bei der Gewinnung und Bearbeitung von Asbest.

Während es sonst den Arbeitgebern freisteht, sich gegen das Risiko der Entschädigung von Unfällen und Berufskrankheiten zu versichern oder nicht, ist für die Entschädigung der Staublungenkrankheit die Errichtung besonderer Kassen vorgesehen, an welche alle Arbeitgeber der in Betracht kommenden Industrien Beiträge leisten müssen. Die Entschädigungssätze für den Fall des Todes oder der völligen Erwerbsunfähigkeit infolge von Staublungenkrankheit oder Staublungenkrankheit in Verbindung mit Tuberkulose müssen dieselben sein, welche das Gesetz über Entschädigung von Betriebsunfällen vorsieht; in allen anderen Fällen kann der Betrag der Entschädigung auf dem Verordnungswege bestimmt werden.

Streitigkeiten über Ansprüche usw. werden durch Ausschüsse entschieden, die aus Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter und einem unparteiischen Vorsitzenden bestehen.

Einige Angaben über die Entschädigung der Staublungenkrankheit enthält ein kürzlich erschienener Bericht des Innenministeriums.

Für die Herstellung feuerfester Gegenstände besteht die Entschädigungspflicht seit dem 1. Februar 1919. Bis Ende 1929 wurde Entschädigung in insgesamt 441 Fällen gezahlt, von welchen 133 tödlich ausgingen. Im Jahre 1929 allein wurden 258 Fälle entschädigt, von denen 241 aus den Vorjahren übernommen wurden und 17 neu hinzugekommen waren. 11 Fälle gingen im Laufe des Jahres tödlich aus. Am Schlusse des Jahres waren noch 247 Fälle nicht erledigt (teilweise Invalidität 211, vollständige Invalidität 36). Die Summe der 1929 gezahlten Entschädigungen waren 13 911 Pfund Sterling, davon entfielen 1775 Pfund Sterling auf tödliche Fälle und 12 136 Pfund Sterling auf Invaliditätsfälle. Der für diese Betriebsgruppe eingesezte ärztliche Ausschuss führte 1929 1364 Untersuchungen von Arbeitern aus, darunter 215 Untersuchungen neu eingestellter Arbeiter. Von der Beschäftigung in den Betrieben ausgeschlossen wurden 36 Arbeiter. Die Einnahmen der Entschädigungskasse betragen 25 290 Pfund Sterling die Ausgaben 18 913 Pfund Sterling.

Die Vorschriften betreffend die Sandsteinindustrie traten am 1. April 1929 in Kraft. Entschädigt wurden bis zum Jahreschluss zwei tödliche Fälle und drei Fälle vollständiger Invalidität. Ärztlich untersucht wurden 85 Arbeiter, von der Beschäftigung ausgeschlossen 8 Arbeiter, davon drei bei der ersten Untersuchung bei Arbeitsantritt. Die Entschädigungskasse hatte Einnahmen von 29 828 Pfund Sterling und Ausgaben von 3881 Pfund Sterling; davon entfielen auf Leistungen an Entschädigungsberechtigte 707 Pfund Sterling, auf Arzthonorar 686 Pfund Sterling, auf Verwaltungskosten 2488 Pfund Sterling (wobei die Kosten der Errichtung der Kasse im Betrage von 897 Pfund Sterling inbegriffen sind).

In der Metallschleiferei wird die Staublungenkrankheit seit Juli 1927 entschädigt, in der Gewinnung und Verarbeitung von kieselsäurehaltigem Gestein usw. seit dem 1. Februar 1929. In beiden Gruppen zusammen wurden 1929 22 tödliche Fälle und 94 Invaliditätsfälle entschädigt. Von den letzteren trafen 47 auf die Keramikindustrie. Angaben über die Verteilung der übrigen Entschädigungsfälle nach Betriebszweigen enthält die amtliche Statistik.

Die Ausdehnung der Entschädigungspflicht auf Erkrankungen infolge der Einatmung von Asbeststaub erfolgte erst 1930.

Die Regierung hatte 1928 einen Ausschuss eingesezt, um die ärztlichen Maßnahmen in bezug auf die Bekämpfung und Entschädigung der Staublungenkrankheit zu prüfen. Der Bericht des Ausschusses wurde 1930 erstattet. Er empfiehlt die Durchführung klinischer und pathologischer Untersuchungen über Pneumotonionen aller Art, ferner die Errichtung einer Zentralstelle für den ärztlichen Fürsorgedienst.

Ferner wurden kürzlich vom Innenministerium zwei Berichte über Berufserkrankung der Granit- und Schieferarbeiter herausgegeben. Die ärztliche Untersuchung von 494 Granitarbeitern in 5 verschiedenen Bezirken ergab fibrose Lungen bei 260 Arbeitern oder 53 Prozent. Von diesen wieder wurden 211 röntgenologisch untersucht, wobei Staublunge bei 36 oder 17 Prozent gefunden wurde. — Von 120 Schieferarbeitern wiesen 56, also fast die Hälfte, Anzeichen von fibroser Veränderung der Lunge auf. Silikose wurde in 14 Fällen bestimmt festgestellt, und zwar ausschließlich bei Arbeitern, die beim Zerlegen, Zerplittern und Behauen des Gesteins beschäftigt waren. Der jüngste der erkrankten Arbeiter war 40 Jahre alt. Am häufigsten tritt die Krankheit aber erst nach dem 50. Lebensjahre auf. H. F.

## 30 Fragen und zwanzig Antworten!

In verschiedenen Ausgaben der vom Deutschen Institut für technische Arbeitsschulung (Dinta) herausgegebenen Werkzeigungen erschienen dieser Tage „30 Fragen an den deutschen Arbeiter“, denen die Antwort des Unternehmertums angefügt war. Die Fragen gehen tatsächlich alle Arbeiter an, und natürlich auch die Antworten, die das Unternehmertum darauf gibt; denn gerade zwischen den Zeilen dieser „Antworten“ ist manches über die Pläne der Unternehmer für die nächste Zeit zu entnehmen. Wir haben deshalb unsere 30 Fragen und 20 Antworten den Antworten des Scharfmachertums gegenübergestellt. Also:

1. Wer hat die Welt in Wirtschaftsnot gestürzt?  
Die Unternehmer sagen: Die Siegerstaaten, die in ihrer Verblendung den Krieg wirtschaftlich weiterführten.  
Wir antworten: Die international verflochtene kapitalistische Wirtschaft, die gerade von diesen Kreisen betriebene oder beeinflusste kapitalistische Wirtschafts- und Finanzpolitik!
2. Was hat die deutsche Krise verschuldet?  
Die Unternehmer sagen: Steuerdruck und Reparationslasten, die der Wirtschaft den Lebenspielraum nahmen.  
Wir antworten: Das Auftreten der nationalsozialistischen Kreise in Deutschland. Wahlerfolg der Nationalsozialisten am 14. September 1930 und der Volkseinstimmung in Preußen; dadurch mangelndes Vertrauen des Auslandes zu uns; ferner das unverständliche Auftreten des ehemaligen deutschen Reichsbankpräsidenten, des Herrn Schacht (Kreditstoppe, direkte und indirekte Warnungen an das Ausland, uns Kredite zu geben). Hinzu kamen die Belastungen durch Reparationen, die nicht gemildert wurden, weil (siehe oben) das Ausland zu Deutschland kein Vertrauen hatte!
3. Wer hat die deutsche Krise verschärft?  
Die Unternehmer sagen: Unverantwortliche Volksverführer, die den Klassenkampf schürten.

Wir antworten: Deutsche Unternehmer wie die Herren Rahulen mit ihrer Riesenpeile und wie die dem Dinta nahe stehenden Industriellen mit ihrem Geschrei gegen Reparationen, gegen den „Verderber Frankreich“ und andere politische Entgleisungen, die dem Ansehen Deutschlands außerordentlich geschadet haben.

4. Wer hat sich über die Not der Zeit hinweggesetzt?  
Die Unternehmer sagen: Die öffentliche Hand mit ihrer unbegrenzten Ausgabenwirtschaft.  
Wir antworten: Die deutschen Unternehmer, die trotz ihres Geschreis über die Höhe der Soziallasten und die Unrentabilität ihrer Betriebe sehr beträchtliche Summen für Dividenden an die Aktionäre und für Tantiemen an die Aufsichtsräte ausschütten konnten und die auch die Mittel zur Finanzierung der Nationalsozialistischen Partei aufbrachten!
5. Was untergräbt die Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter?  
Die Unternehmer sagen: Skrupellose Agitation gegen die Wirtschaftsordnung.  
Wir antworten: Eine Zusammenarbeit von Unternehmer und Arbeiter im Sinne obenstehender Frage gibt es nicht!
6. Was schmälert euren Lohn?  
Die Unternehmer sagen: Uebersteigerte Soziallasten und der übertriebene Aufwand der Sozialverwaltung!  
Wir antworten: Riesendividenden, Riesenantiemien, Riesen-summen zur Unterstützung der Nazis. Die Hege gegen die „Soziallasten“ soll den Abbau dieser Einrichtungen herbeiführen, den Arbeiter seiner wichtigsten Unterstüzungseinrichtungen berauben und ihn der Willkür des Unternehmertums ausliefern.

7. Wer nimmt euch Arbeit und Brot?  
Die Unternehmer sagen: Eine Wirtschaftspolitik, die die Betriebe in ihrer Existenzfähigkeit bedroht.  
Und wir sehen hinzu: Praxisbeispiele dafür sind die Nordwolle-Pleite und der Skandal um die Deutsch-Evangelische Heimstätten-Gesellschaft (Devaheim)!
8. Was kann aus dieser Not nur helfen?  
Die Unternehmer sagen: Die Schöpferkraft des Unternehmers, die neue Arbeitsplätze schafft, und eure bereitwillige Mitarbeit.  
Wir antworten: Dann kann es uns ja an nichts fehlen; denn wir haben in Deutschland so viele Unternehmer mit reichen Schöpferkräften (sogar nach eigenen Aussagen!), daß sie genügen müßten, um die gegenwärtige Not zu beseitigen. Grundlegende Hilfe kann aber nur durch grundlegende Umstellung der deutschen und internationalen Wirtschaft erfolgen.
9. Was muß zunächst geschehen?  
Die Unternehmer sagen: Schnellige Rückkehr zu geordneter Wirtschaftsführung, die frei von staatlicher Bevormundung ist.  
Wir antworten: Staatliche Kontrolle der Banken und Kartelle, Hinzuziehung der Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer; internationale Verständigung über alle wichtigen Wirtschaftsfragen!
10. Was ist aber Voraussetzung dafür?  
Die Unternehmer sagen: Gegenseitiges Vertrauen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer und einmütige Zusammenarbeit.  
Wir antworten: Stärkung des internationalen Vertrauens durch Abrüstung aller Völker! Und vor allem: Stärkung der wichtigsten Pfeiler internationaler Zusammenarbeit, der freien Gewerkschaften!



## Der Stein der Weisen

Aus einer Jahrestellerversammlung: Den beiden Referaten war eine sehr lebhaft Diskussions gefolgt, worauf der Versammlungsleiter mit einem lehrreichen und alle strittigen Fragen klärenden Schlußwort antwortete und die Versammlung beendete. Es handelte sich um die Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Steinarbeiter in ... in der die Ortsgruppenleitung einen Anschließenden der Organisation über die Wirtschaftslage referieren ließ, während Fritz Eckermann, der Leiter der Ortsgruppe, über die jüngste Entwicklung der Organisation sprach. Alles erhob sich nun von den Plätzen und schickte sich an, das Lokal zu räumen.

„Na, hast du noch keine Lust“, sagte Karl Müller zu seinem Kollegen Franz Steiner, der sich wohl auch schon von seinem Platz erhoben hatte, aber noch abwartend da stand.

„Einen Moment“, antwortete Franz und machte eine Bewegung nach der Bühne hin, aus der zu erkennen war, daß er noch etwas mit irgendeinem der dort am Vorstandstisch sich befindlichen Kollegen erledigen wollte. Am Vorstandstisch selbst stand der Redner, der Angestellte des Verbandes, und unterhielt sich mit einem Mitgliede, das wohl noch über irgendeinen Spezialfall Auskunft haben wollte. Der Leiter der beendeten Versammlung, Fritz Eckermann, raffte seine Papiere zusammen und winkte dem Franz, dessen Bewegung er gemerkt hatte, zu, daß er gleich komme. Während er sich dann mit den Referenten gemeinsam nach der Treppe wandte, die zum Saal und damit nach dem Ausgang führte, fragte er diesen, ob er noch ein Glas Bier im Schanklokal trinken werde. Da dieser bejahte, saßen die beiden auch bald darauf mit dem Kollegen Steiner und dem Karl Müller an einem Tische des kleinen Schankraumes, den man durch eine Seitentür vom Saale aus erreichen konnte.

Ob es was besonderes wäre, fragte hier Fritz Eckermann den Franz. Ich das nicht, meinte der nun, aber er könne doch nicht anders, als seinem Erstaunen Ausdruck geben darüber, wie er, Fritz Eckermann, so auf dem Laufenden sei mit allem, was das Verbandsleben betreffe, denn das hätte ja bald geschehen, als ob er den Stein der Weisen gefunden hätte. Da wäre ja überhaupt keine Frage gewesen, die er nicht prompt behandelt hätte, so daß ja gar der Referent kaum hätte einspringen müssen. Woher er denn das alles wisse? Er sei doch auch in vielen Versammlungen, aber von den meisten Dingen, die da angeschnitten worden seien, bejahe er kaum eine Ahnung, viel weniger hätte er ein ganzes Referat darüber halten können, so wie er, Fritz Eckermann, das getan hätte.

Ja, meinte Eckermann, dafür sei man eben Funktionär, das müße man halt wissen, wenn man eine Ortsgruppe leiten wolle. Schon richtig, meinte der Franz, aber das regne einem doch nicht in den Kopf, irgendwo müßte er das doch her haben.

Wohl, nicht Eckermann, das hätte er auch, und zwar fast alles Grundfähliche aus den Jahrbüchern des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands und in Verbindung damit aus dem Studium des „Steinarbeiter“. Franz war erstaunt: Jahrbücher des Steinarbeiterverbandes? Davon kenne er ja nichts. Wo es denn die gäbe! Da läse man wieder, sagte Fritz Eckermann, wie die Verbandszeitung gelesen würde. Alljährlich, wenn das Jahrbuch erscheine, bringe „Der Steinarbeiter“ doch eine besondere Besprechung an erster Stelle und Empfehlung zum Lesen darüber. Und jederzeit könne sich das Mitglied der Organisation die Jahrbücher bei der Ortsverwaltung ausleihen, da es überhaupt keine Ortsverwaltung gäbe, die die Jahrbücher nicht hätte.

Und da fände man alles drin? Franz Steiner fragte so jurid. Aber natürlich, gab Eckermann zur Antwort. Das sei die beste und lehrreichste Verbandsgeheißte, die man lesen könnte. Und vor allem könnte dort jeder leicht die Antwort auf die Frage finden, was der Verband eigentlich für einen Zweck habe. So, meinte Franz, dann müße er aber doch mal bei Eckermann vorbeikommen und sich die Bücher ausleihen. Er hätte auch gedacht, woher weiß der Fritz nur so Bescheid über alles.

Ja, warf jetzt der Verbandsangestellte dazwischen, das wäre ja immer dasselbe. Ueberall würde die Frage erhoben, wogu man seine Beiträge zahle, da man nichts von einer Tätigkeit des Verbandes merke. Und doch genügen zwei bis drei Mußestunden, um durch ein Studium des Jahrbuches des Verbandes die Ueberzeugung zu gewinnen, daß der Verband alljährlich eine Riesensache für seine Mitglieder bewältigt. Das Jahrbuch führe durch alle deutschen Bezirke und Gauen und erschließe damit dem Einzelmitglied die ganze Verbandswelt.

Richtig, sagte hierauf der Kollege Karl Müller, ich lese auch jedesmal das Jahrbuch, wenn es heraus ist, und der Fritz und ich wir unterhalten uns sehr oft gemeinsam über die Probleme, die dort behandelt werden. Da wächst erst die Freude am Verbandsleben, wenn man im Jahrbuch so einen Blick in das ganze innere Getriebe des Verbandes hineinwerfen kann.

Das sei wohl zu glauben, sagte jetzt wieder der angestellte Kollege. Man habe sogar Ortsgruppen, in denen das Jahrbuch als Unterlage benutzt würde von einzelnen Mitgliedern zur gegenseitigen Belehrung und Schulung in Arbeitsgemeinschaften. Leider aber seien diese Fälle nur wenige.

Das sei aber eine feine Sache, meinte hierauf wieder Franz. Man sollte das eigentlich auch bei ihnen machen.

Ihm sei das schon recht, gab Fritz Eckermann zurück. Und dann vereinbarten sie gleich, wie und wann sie damit beginnen sollten. Der angestellte Kollege gab noch seine besten Ratschläge dazu und so wurde die Sache perfekt.

„Und heute“, so sagte mir dieser angestellte Kollege, der mir das Ganze selbst erzählte, „heute haben wir dort eine Ortsgruppe, an der man seine helle Freude hat. Jeder ist bemüht, die Jahrbücher am besten zu studieren; und ich habe verdammt aufpassen, daß mich die Leute dort mit ihrem Wissen nicht in die Enge bringen. Schade ist nur, daß man nicht alle Mitglieder dazu erziehen kann, sich das Studium unserer Jahrbücher zur Pflicht zu machen, das würde und müßte unserer Bewegung großen Vorteil bringen.“

## Eine wichtige Entscheidung des Spruchsenats der Reichsanstalt für Krisenunterstützungsempfänger

Durch Erlass des Reichsarbeitsministers vom 11. 10. 30 wurde die Krisenunterstützung einer grundsätzlichen Wenderung unterzogen. Neben der Erweiterung des Personenkreises traten wesentliche Verschärfungen für die Bezugsberechtigten ein. Ganz ungünstig wirkten die neuen Bestimmungen über die Prüfung der Bedürftigkeit.

Im Artikel 4 der Verordnung wurde bestimmt, daß das Einkommen von Familienangehörigen, soweit dieses 20 Mark die Woche übersteigt, dem Arbeitslosen von der Krisenunterstützung zu kürzen ist. Der Betrag von 20 Mark erhöht sich für jeden Angehörigen, welchen der Einkommensbezieher zu unterhalten hat, um je 10 Mk. pro Woche.

Diese Bestimmung wurde von den Arbeitsämtern ganz verschieden ausgelegt und gab daher Anlaß zu zahlreichen Einsprüchen. Am 22. Mai d. J. fällt der Spruchsenat der Reichsanstalt hierzu folgende Entscheidung:

„In Anwendung des Artikels 4 Absatz 2 der Verordnung über die Krisenfürsorge für die Arbeitslosen vom 11. Oktober 1930 (Reichsgesetzblatt S. 463, Reichsarbeitsblatt S. 219) sind die jeweiligen Verhältnisse während des Laufes der Krisenunterstützung

maßgebend, und zwar auch insoweit, als es sich um die familienrechtliche Unterhaltspflicht handelt.

Der anrechnungsfreie Betrag von 20 Mark erhöht sich nach Artikel 4 Absatz 2 Satz aa. D. auch für die Krisenunterstützungsempfänger, wenn die Angehörigen ihn auf Grund einer familienrechtlichen Unterhaltspflicht ganz oder überwiegend unterhalten.“

In dem zur Entscheidung stehenden Fall war dem Arbeitslosen die Krisenunterstützung in Höhe von 14,85 Mark abgelehnt worden, weil sein 29-jähriger Sohn 36,30 Mark wöchentlich verdiente. Der Einspruch wurde vom Spruchausschuß zurückgewiesen. Die Spruchkammer gab die rechtzeitig eingelegte Berufung an den Spruchsenat zur Entscheidung ab.

Das oben angeführte Urteil hat zur Folge, daß nicht 20 Mark anrechnungsfrei bleiben, sondern für den Krisenunterstützungsempfänger, sowie dessen Ehegattin je 10 Mark, insgesamt 40 Mark unberücksichtigt verbleiben. Da der Verdienst des Sohnes unter diesem Betrage lag, mußte die Krisenunterstützung gewährt werden. Hr.

\*

**Murzen.** Zu Ehren unserer diesjährigen Verbandsjubilare, Herrn. Pjüche, Joh. Wittig, Friedr. Meißner und Ernst Hofmann, hielt die Zahlstelle am 22. August im Gasthof Lüttich ein Kränzchen ab. Der Feier des Tages entsprechend, hatten sich trotz der schweren Wirtschaftsnot zahlreiche ältere und jüngere Kollegen mit ihrem Anhang zu der schlichten Feier und Ehrung eingefunden. Der Vorsitzende, Kollege Strunz, begrüßte die Erschienenen, worauf der Bezirksleiter, Kollege Lohan, das Verdienst unserer Jubilare in würdiger Weise zum Ausdruck brachte. Ermahnend rief er besonders den jüngeren Kollegen zu, in zäher Kleinarbeit und Ausdauer den heutigen Jubilaren nachzueifern. Mit einem dreifachen Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands und unsere Jubilare schloß Bezirksleiter Lohan seine Ansprache. Im Auftrage der Zahlstelle Murzen dankte nochmals Vorsitzender Strunz den Jubilaren durch Händedruck und überreichte ihnen das vom Zentralverband der Steinarbeiter und von der Zahlstelle Murzen gestiftete Ehren Diplom mit Umrahmung und ein Buch über Karl Legien. Damit war die schlichte Feier beendet. Um aber auch einige frohe Stunden in dieser traurigen Wirtschaftsnot erleben zu können, sorgte ein Teil unserer bewährten Kapelle Kästner dafür, daß auch die Melstetten ihr Tanzen unter dem Tische hervorholten, bis der letzte Tanz ertönte: Nach Hause, nach Hause.

**Eubenbach (Siegkreis).** Vor kurzer Zeit versuchte der christliche Steinarbeiterverband die freigewerkschaftlichen Steinarbeiter durch eine Werberversammlung zu gewinnen. Es gelang den Christen nicht, die Ueberzeugung zu den freien Gewerkschaften zu erschüttern. Nunmehr verließen sie es mit einem christlichen Gewerkschaftsfest, wozu der ganze Zentrumskreis eingeladen war. Aber auch dieses Manöver scheiterte. Durch systematische Bearbeitung gelang es dem christlichen Sekretär und Pfarrer, den Kassierer der freien Gewerkschaft, der 12 Jahre das Amt inne hatte, zu gewinnen. Die finanzielle Frage scheint aber auch mitgespielt zu haben. Der frühere Kassierer erhielt eine Entschädigung für sein Amt von ungefähr 160 bis 180 Mark jährlich, wogegen er bei den christlichen vielleicht 60 Mark erreichen wird. Daß er seine Seele unentgeltlich verkauft hat, wird jedem verständlich sein, und soll, wie verlautet wird, die Differenz anderweitig gezahlt werden. Ob vielleicht der Ortspfarrer zahlt? — Die Gewinnung des Kassierers war geschickt angelegt und rechnete man, daß der größte Teil mit dem Kollegen übertreten würde. Diese Hoffnung hat sich jedoch als falsch erwiesen und sind es nur einzelne, die übergetreten sind. So unverständlich uns der Schritt der früheren Kollegen ist, so wenig Ursache haben wir, solchen Kollegen nachzutrauern, aber auch sie wird die Zukunft eines besseren belehren.

Wie der Berufsverband der christlichen Steinarbeiter und das Unternehmertum Hand in Hand geht, zeigt nachstehender Vorfall. Der Sekretär Müller, Hagen, vereinbarte mit einem Unternehmer, daß die Mitgliederbeiträge vom Lohn einzubehalten und an Müller abzuführen sind. Regelmäßig wurden die Beiträge abgeholt, jedoch „Mit des Geschickes Mächten ist kein ewiger Bund zu flechten“. Der Unternehmer ging nämlich pleite und mit ihm zirka 800 Mark Mitgliederbeiträge. Der Erfolg war, daß sämtliche geschädigte Kollegen sich dem Zentralverband der Steinarbeiter angeschlossen. Ein neues Fest der Christlichen ist für September in Vorbereitung und erweckt es den Anschein, daß sie in Eubenbach die Gründung einer Festlichkeitsorganisation in dieser bitteren Notzeit als ihre Aufgabe ansehen. Die Zahlstelle Eubenbach der freien Steinarbeiter zählt immer noch über 100 Mitglieder und wird diese Zahl bei einer besseren Wirtschaftslage überholen.

**Erfurt.** Ein KGO-Steinseher. Der Steinseher Max Nicolai ist einige Male Mitglied unseres Verbandes gewesen, fast immer mußte er wegen rückständiger Beiträge gestrichen werden, so auch das letztmal! Also ein sehr „wertvolles“ Mitglied. Besonders raffiniert hat es Nicolai verstanden, den Zahlstellenkassierer 8- bis 10mal umsonst nach Verbandsbeiträgen laufen zu lassen, und andern Kollegen gegenüber hatte er immer saule Ausreden. Da war angeblich das Buch verbrannt usw., bis endlich Nicolai einen Verein gefunden hat, wo es wöchentlich für 30 Pf. gemacht wird. (Davon werden auch keine Bonzen fett!) Hier kann er nun seinem „ehrlichen Herzen“ Luft machen und auf die großen und kleinen Bonzen samt ihren Mitläufern schimpfen, was das Zeug hält; denn das ist in dem KGO-Verein erste Bedingung. Aber damit ist es unseres Wissens auch am Ende bei Nicolai; außerdem müßte es schon Freibier geben und die Gläser nicht zu starkwändig sein. Nicolai kann aber auch echt kommunistisch handeln, so in und nach der Steinseherversammlung am 20. Juni 1931, während Kollege Göhre das Tarifwesen behandelte, machte sich Nicolai durch die üblichen Zwischenrufe besonders bemerkbar, wohl hauptsächlich, weil zur sachlichen Auseinandersetzung jede Vorbedingung fehlt. Aber nun das Beste seiner auf Grund des Lohnabbaus sehr schnell angelegten Rot-Front-Gefinnung: Als der Kollege Weisendorfer dem Kollegen Göhre bezüglich einer Klage gegen den Steinsehermeister Kutterling (Wirt der „Windmühle“) das in Frage kommende mitteilte, lautete Nicolai besonders gut, und sofort nach Schluß machte er, getreu seiner Anschauung, bei Meister und Gastwirt Kutterling genaue Meldung (unter anderem fieseln die Worte: „Du, die Lumpen woll'n dich verklagen!“) — Bei den Verhandlungen vorm Arbeitsgericht war Nicolai selbstverständlich, getreu seiner Rolle, an des Unternehmers Seite, um ja nicht um das vielleicht schon früher (nach Gewinnung des Prozesses) verprochenen Glas Bier zu kommen. Besonders stolz ist Nicolai, daß er auf Grund seiner Heldentaten bei Meister Kutterling (wo außer ihm nur des Meisters Söhne, sämtlich unorganisiert) in Arbeit stehen, das ist aber nach Nicolais Ansicht echt kommunistisch.

Sämtliche Erfurter Steinseherkollegen werden die Handlungsweise des Nicolai bei gegebener Situation dementsprechend bewerten und diesen Arbeiterverräter behandeln, wie er es verdient hat.

## Kollegen! Lest eure Verbandszeitung

und gebt gelesene „Steinarbeiter“ an unorganisierte Steinarbeiter, Steinbildhauer, Steinsetzer, Rammer und Hilfsarbeiter weiter. Die Werbearbeit für den Verband darf nie stocken oder gar erlahmen!

## Internationaler Bericht

vom 1. Halbjahr 1931

(Schluß)

**Schweiz.** Die Konjunkturverhältnisse waren die gleichen wie im Vorjahr: Arbeiten, wenn sie vergeben waren, mußten so rasch wie möglich fertiggestellt werden. Kaum Zeichnungen in Händen, werden auch schon die Parterrarbeiten begehrt. So kommt es, daß nach wenigen Wochen die Kollegen arbeitslos sind oder sich nach andern Unternehmern umsehen müssen. Bei den Steinsetzern ist die Situation eine andere. Bevor der letzte Schneeweg ist, wird mit den Arbeiten nirgends begonnen. So kommt es, daß alle Steinsetzer immer im Frühjahr vollständig ausgesteuert sind von der Arbeitslosenkasse.

Auf Grund dieser Situation war es denn auch bereits unmöglich, Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse durchzusetzen. Bei den Steinarbeitern handelte es sich einmal um Festsetzung von Arbeitsverträgen in 3 Orten, wobei auffallend war, daß bei dem Unternehmer, der die Völkerbundsarbeiten ausführt, die schmutzigsten Löhne bezahlt werden unter Ausbeutung ausländischer Saisonarbeiter. Bei einer anderen Bewegung wurde der Akkord abgeschafft und die Löhne erhöht, durch einen Streik gelang es, im Tessin Verschlechterungen abzuwehren. Bei den Steinsetzern wollten die Unternehmer gewaltige Lohnreduktionen durchdrücken. Durch zähen Kampf konnten sie in Zürich gezwungen werden, den gekündigten Vertrag für ein Jahr zu verlängern und in Bern mußten die Stundenlöhne um 5 bis 10 Centimes erhöht werden.

**Tschechoslowakei.** (Steinarbeiter.) Obschon in unserm Lande alle Sorten Gesteine sich vorfinden und unsre Steinindustrie für Export eingerichtet ist, übersteigt die Ziffer des Imports immer noch die des Exportes.

In der konstruktiven Steinindustrie, Steinmetzwerkstätten, Schleifereien und Sägewerke ist der Geschäftsgang ein flauer und eine Reserve an Arbeitskräften vorhanden. Die Pflastererzeugung weist eine bessere Beschäftigung auf.

Schotterwerke hatten den Sommer über volle Beschäftigung. Die wirtschaftliche Situation unserer Steinindustrie ist nicht die beste, daher auch das Bestreben des Steinindustriellenverbandes, eine durchgreifende Lohnreduktion durchzusetzen. So wurden die noch ein Jahr geltenden Tarifverträge zum neuen Jahr gekündigt und der Versuch gemacht, eine 15prozentige Lohnreduktion zu erzwingen. Die Kalkulation war auf die Zersplitterung der Steinarbeiterorganisationen abgesehen. Aber unter Führung des Zentralverbandes ist jeder Lohnabbau zurückgewiesen.

Der Vertrag für das Skutschgebiet wurde auf ein Jahr verlängert, er bezieht sich auf 2700 Steinarbeiter. Ein neuer Vertrag wurde in der Basaltindustrie Eicht abgeschlossen für 100 Arbeiter. In Hlinsko für 40 Mann der Vertrag erneuert. In Prag durch vierwöchigen Streik der alte Tarif durchgezwungen und der wilde Akkord abgelehnt. Andere Lohnbewegungen sind im Gange in Pozar, Moldautal. Bis jetzt liegen Erklärungen hier vor, daß bis 1932 die bisherigen Löhne bestehen bleiben. Gleiche Verhältnisse bestehen in Hudschtz und Blatná. Im Sandsteingebiet ist eine Abflauung zu verzeichnen.

In Zernovka wurde durch die Kommunisten ein Abwehrstreik geführt. Nach sechswöchigem Streik wurden die Löhne um 6 Proz. abgebaut. Solche Lohnabbau kamen auch in Mrakotin und Svetlá vor.

Die Steinarbeiterschaft ersieht leider zu spät, daß sie nicht den richtigen Weg ging und kehrt sich langsam von den kommunistischen Gewerkschaften ab. Der Gedanke der wahren Einheitsorganisation der Steinarbeiterschaft greift allmählich in den Köpfen der Kollegen Platz.

Für den verstorbenen Redakteur Kollegen Josef Mudra wurde Kollege Anton Tuma bestellt.

Der Verband gibt seit 1. Mai den „Steinarbeiter“ auch in deutscher Sprache heraus, er erscheint jeden 4. Donnerstag im Monat.

(Bau-, Stein- und Keramarbeiter.) Am 31. Dezember 1930 zählten wir 2436 Mitglieder. Dieser Fortschritt in der Mitgliederbewegung hängt mit der Verschmelzung der früheren kommunistischen Opposition im Steinarbeitergewerbe zusammen. Kleinere Verträge erfuhren eine Kündigung und die Unternehmer verlangen überall einen 10- und 20prozentigen Lohnabbau.

**Norwegen.** Im 1. Quartal war eine durchgehende Arbeitslosigkeit, besonders bei den Straßen- und Kantsteinbauern. Gegen Ende des Quartals ist dann eine kleine Besserung eingetreten, es kommen Kleinstarbeiten für große Chausseen in Frage. Die Regierung selbst hatte sich für diese Arbeiten ins Mittel gelegt.

Die Lohnverhältnisse sind unverändert. Am 1. Juni laufen allerdings die Tarife für Straßen- und Kantsteinbauer ab.

**Dänemark.** Mitgliederzahl 779, es bedeutet dies einen kleinen Rückgang, verschuldet durch die Rationalisierung. Es fanden verschiedene Verhandlungen mit den Unternehmern statt bezüglich Erneuerung der am 1. April ablaufenden Verträge. Bisher resultatlos. Die Arbeitgeber drohen mit allgemeiner Aussperrung in allen Industrien. Das Einigungsamt hatte einen Vergleichsvorschlag gestellt, dem sich 50000 Arbeiter fügen sollten. Hierbei sind aber die Steinarbeiter nicht inbegriffen. Der Kassenbestand ist verhältnismäßig gut, die Konjunkturaussichten ebenfalls.

**Oesterreich.** Mitgliederbestand: 4654. Im Jahre 1930 wurden verschiedene Arbeitsverträge abgeschlossen. Weiter wurden 7 Lohnbewegungen geführt, bei denen kein Vertragsabschluß zustande kam. Streiks wurden zwei mit vollem Erfolg beendet.

Daß die Mitgliederzahl im Abnehmen begriffen ist kommt daher, weil die eigentlichen Steinmetzen immer mehr den Boden der Beschäftigung verlieren. Die Konjunktur hat sich nicht gebessert. Die Schuld wird der Ueberhandnahme der Ersatzmaterialien, Beton und Kunststein, und der Vernachlässigung von Monumentalbauten zugeschrieben.

Auch hier trachten die Arbeitgeber aller Branchen danach, die Wirtschaftskrise durch Lohnreduktionen zu heben. Diese Bewegung, die zum allgemeinen Feldgeschrei der Unternehmervereinigungen geworden ist, wirkt sich bei den Steinarbeitern aus und wurde bereits der Wiener Vertrag gekündigt und das Verlangen nach Lohnreduktion gestellt. Allerdings gehen die Steinindustriellen nicht direkt auf ihr Ziel los, sie versuchen diese Reduktion durch Aufnahme von Akkordvereinbarungen durchzusetzen. Sie lehnen die Schaffung eines Akkordvertrages ab, wollen aber, daß im bestehenden Kollektivvertrag die Möglichkeit geschaffen wird, nötigenfalls Akkordvereinbarungen mit der Arbeiterschaft treffen zu können, die wird sich mit allen Mitteln gegen solche Zumutungen wehren.

Internationales Steinarbeitersekretariat. Rob. Kolb.



# Rundschau

**Belgien baut keine Verkehrsstraßen aus.** Nach einer Mitteilung des Auskunftsendienstes von Europa Touring — die von der W. J. g. am 2. September wiedergegeben wird — hat Belgien für das Jahr 1931 insgesamt 85,1 Millionen Frank für den Ausbau (nicht die Erhaltung) der Straßen, die dem touristischen Autoverkehr dienen werden, bewilligt. Das sind 14,2 Millionen RM. Dafür kann man eine Fülle schöner Straßen schaffen, die das an sich schon sehr dichte Straßennetz von Belgien zum Nutzen des Fremdenverkehrs weiter verbessern werden.

**Verdreifachung der Prozesse vor dem Arbeitsgericht.** Vor den deutschen Arbeitsgerichten wird alltäglich ein Kleinriegel zwischen Kapital und Arbeit ausgetragen. Die nicht geringen Reibungen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, kommen dort zum endgültigen Ausgleich. Das Arbeitsgerichtsverfahren ist durch die moderne Sozialgesetzgebung sehr wesentlich verbessert worden. Es dürfte in der ganzen Welt kein so freirechtliches Gesetz wie das deutsche Arbeitsgerichtsgesetz geben. Die gute Ausgestaltung dieses Gesetzes macht auch die stark gestiegene Zahl der Arbeitsgerichtssachen erklärlich. Für Preußen ergibt sich gegenüber der Vorkriegszeit folgender Vergleich: Im Jahre 1913 lagen den früheren Gewerbe- und Kaufmannsgerichten 97 406 Fälle vor. In den letzten drei Jahren betrug die Zahl der Arbeitsgerichtssachen 1928: 249 155, 1929: 278 533 und 1930: 289 037. Man beachte dabei, daß das heutige preussische Staatsgebiet kleiner ist als das im Jahre 1913. Trotzdem ist eine Verdreifachung der Inanspruchnahme der Arbeitsgerichte zu verzeichnen. Die für den als Kläger auftretenden Arbeitnehmer täglich herausgeholtene Beträge wachsen in ihrer Gesamtheit zu Millionenjahren an. Nur selten denkt jemand, der vor den Arbeitsgerichten Recht bekommt, daran, daß diese freirechtlichen Gesetze von den Gewerkschaften jahrzehntelang vorbereitet und durch den politischen Einfluß der Arbeiterschaft zustande kamen.

**Ausländische Arbeiter in Frankreich.** Von der scharfen Wirtschaftskrise, die in allen Ländern herrscht, ist Frankreich so ziemlich verschont geblieben. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt rund 40 000. Der französische Arbeiter wird von der Arbeitslosigkeit fast gar nicht betroffen, sondern diese wird fast vollständig auf die ausländischen Arbeiter abgewälzt. In Frankreich gibt es etwa 8 Millionen Industriearbeiter. Da in Frankreich 2,5 Millionen Ausländer beschäftigt werden, kann man ungefähr annehmen, daß rund 25 v. H. der Industriearbeiter Ausländer sind. Nach einer früheren Zählung sehen sich diese aus 760 000 Italienern, 330 000 Belgiern, 320 000 Spaniern, 310 000 Polen, 70 000 Reichsdeutschen und außerdem aus Tschechen, Desterreichern usw. zusammen. Die ausländischen Arbeiter genießen nicht den Schutz wie die einheimischen. Für deutsche und österreichische Staatsangehörige besteht in Frankreich noch der Visumzwang, so daß die Einwanderung von Arbeitern aus diesen Ländern erschwert ist. Jeder Ausländer, der Arbeit sucht, muß im Besitze einer Identitätskarte sein. Für diese ist eine Gebühr von 100 Frank zu entrichten. Der in Frankreich einreisende Arbeiter muß sich an der Grenze vom Vertrauensarzt des französischen Konsulats untersuchen lassen. Es ist nicht ratsam, bei den gegenwärtigen französischen Arbeitsverhältnissen nach Frankreich zwecks Arbeitsaufnahme einzureisen. Frankreich hat mit verschiedenen Staaten Wanderungsverträge geschlossen, die einen gewissen Schutz durch die französische Sozialgesetzgebung gewährleisten. Mit Deutschland wurden solche Verträge nicht geschlossen!

**Nationalsozialisten und Gewerkschaften.** Der „AP-Korrespondenz“ entnehmen wir: Ueber den neuen Kurs der Hitler-Partei den Gewerkschaften gegenüber verraten die Reden von der Münchner Parteileitung als „streng vertraulich“ herausgegebenen „Richtlinien für die Arbeit der Betriebsfunktionäre“ folgendes:

„Für die Werbung ist die Kenntnis der nationalsozialistischen Einstellung zu den Gewerkschaften bedeutsam. Jeder Arbeiter und Angestellte kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben, auch in den freigewerkschaftlichen, soweit er überhaupt organisiert ist. Er bleibt wirtschaftlich in der Gewerkschaft, politisch jedoch muß er den Weg zur NSDAP finden.“

Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen, und die Mitgliedschaften in den Gewerkschaften und der NSDAP schließen sich nicht aus.

Die parteiamtliche Stellungnahme lautet: Die NSDAP sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellenorganisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung eigener nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte oder Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren heutigen gewerkschaftlichen Verbänden zu verbleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität, jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.

Im übrigen bietet das Verbleiben in den bestehenden Gewerkschaften, trotz der offenkundigen Mängel, mit denen sie behaftet sind, dem einzelnen Arbeitnehmer auch wirtschaftliche Vorteile, die nicht von der Hand zu weisen sind.

**Berlin hat 396 Kinos.** In Berlin gibt es 41 Theater mit 44 872 Plätzen. Theater mit mehr als 1000 Plätzen gibt es 21. Ferner hat die Reichshauptstadt 396 Kinos mit insgesamt 189 692 Sitzplätzen. 1930 haben 58,4 Mill. Berliner das Kino besucht. Jeder Berliner war also etwa 13mal im Kino.

**Ein internationaler Kitt.** Die Sozialpolitik hat sich als ein fester Kitt über die Landesgrenzen hinaus erwiesen. Die durch den Versailles Vertrag geschaffene Internationale Arbeitsorganisation legt sich heute bereits aus 55 Staaten zusammen. Das Internationale Arbeitsamt dürfte zu den größten Postempfangern der Welt gehören. Allein an die europäischen Industriestaaten wurden im Jahre 1930 20 303 Briefe geschickt. Von den gleichen Ländern gingen 26 434 Briefe ein. In diesen Massenlieferungen mit der Post zeigt sich die außerordentlich hohe Bedeutung der Sozialpolitik im internationalen Rahmen. Ehemals wurde die Internationale der Arbeiter verachtet und verspottet, heute besteht ein Amt mit ähnlichen Aufgaben für fast alle Länder der Erde.

## Vom Kampf um Lohn und Arbeitsbedingungen

**Gau 2.** Vor Arbeitsaufnahme bei der Firma Joseph Ditzsch, Marmor- und Granitwerke Borkendorf, Kreis Reife (D.-S.), wird gewarnt. Die Firma ist außerstande, die Löhne zu bezahlen!

**3. Gau.** Der Lohnkampf der Marmorarbeiter in Sachsen ist beigelegt. — In Rodewitz verucht die Firma Johann Petasch, Granitsteine, mit allen Mitteln die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

**7. Gau.** In Schwarzenbach (Oberfr.) ist die Firma Morgenstern & Schörner wegen Maßregelung gesperrt.

**11. Gau.** In Lübeck stehen die Steinmehlen im Lohnkampf.

**Zur Beachtung!** Von Sperren usw. muß der Redaktion mindestens im Zwischenraum von 2 Wochen kurze Mitteilung zugehen, sonst unterbleibt die weitere Bekanntmachung.

**Kommunisten fordern Lohnabbau von 20 Prozent.** Daß die Kommunisten mit einem Sanustopf herumlaufen, dürfte bekannt sein. In ihren Forderungen sonst sind sie nicht kleinlich. Hört man sie, so müßte man glauben, die Gewerkschaften sind in der Lage, den Mond herunterzuholen. Anders ist es jedoch, wenn sie selbst die Verantwortung tragen oder gar als Unternehmer auftreten. Die Kommunisten haben bekanntlich einige Konsumgenossenschaften heruntergewirtschaftet und sie dem Bankrott nahegebracht. Darunter befindet sich der Allgemeine Konsumverein Halle. Gegen ihn mußte der JdM den Schlichtungsausschuß wegen Abschluß eines neuen Tarifvertrages anrufen. Durch Schiedspruch wurde der zwischen dem JdM und der Hallischen Einkaufsgenossenschaft bestehende Tarifvertrag wieder in Kraft gesetzt. Ein weiterer Schiedspruch bestimmte, daß die Tarifgehälter um 8 Prozent gekürzt werden sollten. Diese Kürzung sollte nach Meinung des

## Reise durch die tschechoslowakische Republik

Mit dem Rade bin ich losgefahren. Es lag mir vor allem daran, mit dem Mann in der Bluse in Berührung zu kommen und über den Stand der Sozialversicherung mich zu unterrichten. Bei uns schimpft der eine oder der andere über die niedrigen Leistungen und die Kürzungen. Jedem Unzufriedenen empfehle ich eine solche Reise; denn er wird bekümmert und bekehrt zurückkehren. Ich hatte kaum die Grenze überschritten, als die 100-Mark-Notverordnung in Deutschland herauskam. Ich war wirklich froh, daß ich schon drüben war; denn die 100 Mark hätte ich nicht bezahlen können. Gleich in Georgswalde fand ich am Sonnabendnachmittag Kollegen bei der Straßenarbeit, was mich nicht schlecht wunderte. Glaube ich doch, daß Sonnabend nachmittags nicht gearbeitet wird. Da hatte ich mich also geirrt. Ich muß sagen, daß es mich nicht gerade freute, das zu sehen. Natürlich fragte ich nach dem Stundenlohn. Es wurde gepflastert. Die Leute erhalten pro Stunde ungefähr 5 Kronen. Das sind etwa 62 Pfennig. Jeder, der deutsche Verhältnisse einigermaßen kennt, weiß, daß es bei uns wesentlich mehr gibt. Ich fuhr am gleichen Nachmittag noch bis Böhmisch-Leipa, und überall, wo Straßenarbeit war, sah ich Leute noch tätig. Es interessierte mich, zu erfahren, ob denn auch in anderen Betrieben am Sonnabendnachmittag gearbeitet wird. Deshalb suchte ich eine Reparaturwerkstatt auf. Auch dort fand ich am Sonnabendnachmittag flotten Betrieb. Am Abend las ich in einer deutschen Zeitung — ich glaube, es war die Reichenberger Zeitung —, daß ein 80jähriger Straßenarbeiter, der fast blind und taub war, während der Arbeit von einem Auto tödlich überfahren worden sei. All diese Erfahrungen haben mich stark beeindruckt. Während der Fahrt über Melnik nach Prag hatte mein Tretomobil eine Panne. Ein des Weges kommender organisierter Arbeiter war mir freundlicherweise behilflich. Wir kamen ins Gespräch, und als er merkte, daß er einen deutschen Kollegen vor sich hatte, schilderte er mir in breiten Worten das Schicksal der tschechoslowakischen Gewerkschaften und vor allem die traurige Rolle, welche die Kommunisten dort gespielt haben. Sie haben durch ihre „revolutionäre Taktik“ alles zerschlagen, was die Kollegen aufzubauen im Begriff waren. Es ist ihnen gelungen, die Einheitsfront zu zerschlagen und dem Kapital unschätzbare Dienste zu erweisen. Ich erzählte ihm, daß die Rolle der Kommunisten als Gewerkschaftspalster in Deutschland erkannt sei und daß eine unvorsichtige Arbeitgeberzeitung geschrieben hat, die Kommunisten seien ein Pfahl im Fleische der Sozialdemokratie, sie hätten als solcher die wertvolle Aufgabe, die wachsende Macht der sozialistischen Arbeiterfront zu schwächen, man müsse daher mit Dankbarkeit ihrer historischen Rolle gedenken. Ich habe auch gleich hinzugefügt, daß — wie Sinowjew einmal gesagt hat — die sogenannten KGD-Leute sich an der eisernen Front der deutschen freien Gewerkschaften die Stirnen einrennen werden. Er bestätigte mir, daß ausländische Gewerkschaften stolz sind auf die disziplinierte und besonnene Haltung der deutschen Arbeiter. Er gab mir gleich einige Adressen in Prag, die ich zu verwerten gedachte. Durch die Liebenswürdigkeit der Prager Kollegen wurde mir auch ein gründlicher Aufschluß über den Stand der Sozialversicherung zuteil. In der Arbeitslosenversicherung herrscht das sogenannte Genter System. Das heißt, die Versicherung wird durch die Berufsverbände mit Hilfe öffentlicher Zuschüsse durchgeführt. Danach sind nur Organisierte versichert, während in Deutschland eine einheitliche Zwangsversicherung grundsätzlich für alle Arbeitnehmer durchgeführt worden ist. In der Tschechoslowakei erhält der Nichtorganisierte keine Arbeitslosenunterstützung. Die ordentliche Arbeitslosenunterstützung mit dem Staatsbeitrag wird für 26 Wochen gewährt. Keinen Anspruch auf den Staatsbeitrag hat, wer die Arbeit selbst verläßt hat oder aus eigenem Verschulden genötigt wurde, das Arbeitsverhältnis aufzulösen. Die Höhe der Unterstützung ist abhängig von den gezahlten Beiträgen, die sich nach Lohnklassen richten. In der höchsten Klasse I zum Beispiel beläuft sich die wöchentliche Unterstützung nach 52 Wochenbeiträgen auf 54 Kronen. Das sind ungefähr 6,75 Mark. Wer aber 1040 Wochenbeiträge geleistet hat, mit anderen Worten, wer 20 Jahre ununterbrochen Beiträge gezahlt und gearbeitet hat, erhält wöchentlich 138 Kronen, das sind ungefähr 17,25 Mark. Es wird nicht viele geben, die jemals dazu kommen, ununterbrochen 20 Jahre zu arbeiten. Nehmen wir für die heutige Zeit den Normalfall mit 52 Wochen an, so erhalten weitaus die meisten Arbeitslosen in der höchsten Klasse wöchentlich 6,75 Mark Unterstützung mit Staatsbeitrag. Krisenunterstützung heißt dort außerordentliche Arbeitslosenunterstützung mit Staatsbeitrag. Sie wird auf 13 Wochen gewährt und beträgt in der höchsten Klasse nach 26 Beiträgen wöchentlich 6 Mark (nämlich 48 Kronen). Wie sehen die niedrigsten Unterstützungsklassen aus? Lehrlinge in Klasse VB erhalten nach 52 Beiträgen Unterstützung auf die Dauer von 16 Wochen in Höhe von wöchentlich 24 Kronen, das sind 3 Mark. Das gleiche bekommen Frauen in dieser Klasse, aber auf 26 Wochen. Die Krisenunterstützung beträgt in Klasse IV wöchentlich 18 Kronen auf 13 Wochen. Das sind wöchentlich ungefähr 2,25 Mark. Die Unterstützung erhöht sich bei 270 Beiträgen (d. i. nach etwa fünfjähriger Arbeit) auf 37,50 Kronen wöchentlich im Höchstfalle, das sind 4,68 Mark wöchentlich. — Hätten die tschechoslowakischen freien Gewerkschaften zur Zeit nicht so kluge und energische Führer, so würde die Reaktion noch mehr triumphieren haben. Was in der tschechoslowakischen Republik heute überhaupt an sozialen Einrichtungen vorhanden ist, dürfte lediglich den sozialdemokratischen Arbeitern zu verdanken sein.

Vorstehenden des Schlichtungsausschusses nur infolge der besonderen wirtschaftlichen Verhältnisse des Allgemeinen Konsumvereins zustandekommen werden. Ueber den weiteren Verlauf der Dinge wollen wir die Verbandszeitung des JdM Nr. 17 reden lassen:

„Den roten Konsum-Strategen war aber das nicht genug. Nachdem sie vorher schon den Manteltarif abgelehnt hatten, hatten sie mit ihren KGD-Gelben sich einen regelrechten Wertvereinstarif-erlass fabriziert. Der Allgemeine Konsumverein legte dem Schlichtungsausschuß einen mit der KGD abgeschlossenen Gehaltsvertrag vor, der einen Gehaltsabbau von ungefähr 20 Prozent vorsah. Diefelben KGD-Leute, die nicht laut genug die freien Gewerkschaften des Berrats zeihen und „Keinen Pfennig Lohnabbau“ schreien, schließen im Augenblick des Tarifstreits einen Gegentarif mit rund 20 Prozent Gehaltsabbau ab. Vernünftigerweise ging der Schlichtungsausschuß über den Gehaltsvertrag der KGD zur Tagesordnung über. Das hat den Allgemeinen Konsumverein veranlaßt, in einem Schreiben an den geleglichen Schlichtungsausschuß gegen seine Einstellung zu polemisieren. Dem Schlichtungsausschuß wird vorgeworfen, nur nach rein politischen Gründen geurteilt zu haben. Es wird weiter ausgeführt, daß die KGD eine wirtschaftliche Vereinigung von Arbeitnehmern ist mit dem Ziel, die wirtschaftliche Lage der Arbeitnehmer (Lohn, Arbeitszeit usw.) zu verbessern. Gehaltsabbau von 20 Prozent — das nennen die Kommunisten, wenn sie Tarife abschließen, Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Arbeitnehmer.“

So sehen diese Herrschaften aus, wenn sie als Unternehmer auftreten. Eine größere Verlogenheit einer Bewegung läßt sich schlecht vorstellen.

## Bekanntmachungen aus den Zahlstellen Bezirken und Gauen

**Gau 4 und 10. Betrifft Gruppe Straßenbau.** Den Mitgliedern der beiden Gaubezirke zur Nachricht, daß der Manteltarifvertrag für das Steinbergergewerbe Mitteldeutschlands vom 10. Februar 1927 mit seinen Nachträgen — mit Ausnahme der Lohnaufsätze — mit Wirkung ab 1. August 1931 allgemeinverbindlich erklärt worden ist. Die Allgemeinverbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Lohnsätze, ferner nicht auf den § 16 und die Abschnitte „Schiedsgerichtsbarkeit“ und „Mitteldeutsches Tarifamt“.

Soweit die Lohnsätze in Frage kommen, verweisen wir auf ein Rundschreiben, welches allen Zahlstellen zugeht und die notwendigen Anweisungen enthält. Es ist eine Selbstverständlichkeit, daß im übrigen kein Mitglied zu anderen Bedingungen in Arbeit tritt, als es der 5. Nachtrag zum Manteltarifvertrag vorschreibt.

Dann machen wir alle Mitglieder nochmals auf die Wohlfahrts-einrichtung aufmerksam und eruchen, auf dem schnellsten Wege sich dafür einzusetzen, daß die fälligen Wohlfahrtsbeiträge unternehmerseits eingezahlt und die entsprechenden Wertmarken geklebt werden. Sollten irgend wo noch Wohlfahrtskarten fehlen, so sind diese bei Gauleiter P. Göhre-Halle abzuholen.

Die Gauleitungen.

**Berlin.** Die Auszahlung der Invalidenunterstützung findet am Montag, 14. September, von 9 bis 13 und von 15 bis 18 Uhr statt.

**Verlorene Mitgliedsausweise.** In Barterode das Verbandsbuch Nr. 4894 für August Meyer, Hilfsarbeiter.

**Am Ort zureisende und in Arbeit tretende Kollegen melden sich immer vorher beim Zahlstellenort. Wer das unterläßt, hat keinen Anspruch auf Kollegialität und deren Auswirkung.** — Dieser Hinweis gilt für alle Berufsgruppen und alle Zahlstellen. Eine besondere Bekanntmachung dieser Art für einzelne Zahlstellen ist deshalb überflüssig. Zu beachten: Sperrebruch ist gleichbedeutend mit Streikbruch.

## Adressenänderungen

- 4. Gau: Calbe. Kass.: Albert Jahn, Nienburger Straße 102.
- 9. Gau: Völkershäufen. Vorj. u. Kass.: Ernst Wagner.
- 11. Gau: Bremen. Vorj.: Gustav Meier, Westerlandweg 36a/b. Wesermünde. Vorj. u. Kass.: Gustav Meyer, Wesermünde-Dehe, Hafenstr. 191, 5Hs.

## Briefkasten

**Nachricht. K.** Durch widrige Umstände wurden auch andere Sachen außer der meinen nicht von der Redaktion erledigt, bzw. beantwortet. Das Hemmnis ist jedoch wieder behoben, geht seinen alten Gang. Nur nicht immer gleich schweres Geschick auffahren; das haut wohl zusammen, bessert aber nichts.

## Bücher und Zeitschriften

„Zur Gesellenprüfung.“ Allgemein-theoretische Prüfungsaufgaben von E. Zble und W. Kampradt. Preis 1 Mark. Bitte bis auf die Neuzeit ergänzte und neu bearbeitete Auflage. Zu beziehen durch den Verlag W. Schneider, Querfurt. — Das Büchlein ist für die Hand des Lehrlings bestimmt und soll denen, die auf dem Lande keine Berufsschule besuchen können, das unbedingt Erforderliche — auf Vorkenntnisse wird kein Anspruch erhoben — in gedrängter Form und leicht verständlich bieten, und dem Schüler der Berufsschule soll es eine Auffrischung und schnell zu überholende Uebersicht des gelernten Stoffes geben. In diesem Sinne aufgenommen, wird es seinem Zwecke gerecht werden und ist darum zur Anschaffung zu empfehlen.

„Der Beamte der Republik.“ Der neugebildete „Beitrag in Beamtenfragen beim Parteivorstand der SPD“ hat seine Arbeit mit der Herausgabe einer Zeitschrift „Der Beamte der Republik“ begonnen. Er hat damit ein Organ geschaffen, das sicher geeignet ist, das Verhältnis für die Ziele der Partei zu fördern und ihr neue Freunde in den Beamtenkreisen zu schaffen. „Der Beamte der Republik“ wird in der Hand der sozialdemokratischen Beamten eine wertvolle Agitationsmasse sein und auch den bisher indifferenten ein unverzerrtes und überzeugendes Bild von dem Wirken der Sozialdemokratie geben.

## Anzeigen

Seit 10 Jahren Spezialanfertiger Steinbruchschuhe handeigebunden. Garantie für jedes Paar, hochwertige Qualität, reelle Beliefer. 14.75 portofrei.

Nichtgefall. gegen Betrag zurück. Herm. Weibers Berufsschuhwerk Bad Godesberg

## Pflasterhämmer

aus bestem Schweisstahl, Rammen, Brechtangen und sämtliche Werkzeuge für den Straßenbau liefert auch nach außerhalb Otto Teske, Berlin N 31 Brunnenstraße 82

Steinarbeiterhosen aus III-Drahtleder mit 12er Schuß u. Ledertaschen 11,50 Mk., aus II-Drahtleder 8,- und 6,- Mk., Mauersocken 1,10 Mk. Qual. I 15,-, II 11,50, III 10,- Mk. vers. n. Maß b. Bestellung von 20 Mk. frei Haus. Preisliste u. Muster gratis. Emil Hohlfeld, Dresden 6, Ritterstr. 2 (Spezialfabrik für Berufskleidung)

**Bücher** die in kein. Zahlstelle fehlen dürfen, für Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre, empfehlt ADGB-Verlag Berlin S 14, Inselstraße 6

## Gestorben

- (Todesfälle, die bei der Meldung über 1 Monat zurückliegen, werden infolge ihrer späten Meldung an dieser Stelle nicht veröffentlicht. Redaktion.)
- Metten. Am 23. August der Brecher Georg Greil, 55 Jahre alt, 8 Monate krank, Wassersucht.
- Berlin. Am 25. August der Rammer Adolf Marquardt, 59 Jahre alt, ein Jahr krank, Wassersucht.
- Strehlen. Am 27. August der Steinputzer Paul Schöpe, 61 Jahre alt, 1½ Jahr krank, Staublunge.
- Rammelsbach. Am 27. August der Pflastersteinmacher Jakob Rech, 65 Jahre alt, 9 Monate krank, Speiseröhrenkrebs.
- Frankfurt a. M. Am 28. August der Steinmetz Joseph Breuling, 46 Jahre alt, 3 Tage krank, Malaria.
- Schwerin (M.). Am 30. August der Schleifer Christian Bitterling, 40 Jahre alt, 3 Monate krank, Herzschwäche.
- Hamburg. Am 31. August der Bildhauer Hugo Klinkicht, 62 Jahre alt, 5 Tage krank, Schlaganfall.

EHRE IHREM ANDENKEN

Verantwortliche Schriftleitung: Hermann Siebold, Verlag: Ernst Winkler, beide in Leipzig; Druck: Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft, Leipzig.